

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 4 (1978)
Heft: 2

Artikel: Regierung will Alimentenbevorschussung verhindern!
Autor: S.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358778>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir treffen uns im grossen Tanzsaal jeden Mittwoch Abend, um für ein paar Stunden etwas unseren Körpern zuliebe zu tun. Auf Silvias Anweisung wimmeln wir denn mehr oder weniger elegant im Saal herum — zwischen den altmodischen weissen Säulen und vor dem wandgrossen "aufdeckenden" Spiegel. Zu volkstümlicher Musik werden die Köpfe seitwärts gedreht, rückwärts und vorwärts geschoben, die Arme und die Beine werden gebeugt und gestreckt. Das Becken wird wie im Bauchtanz gebraucht, es bewegt sich über den Zehenspitzen in einem Zirkel... Oder wir gehen mit gebeugten Knien rasch ein paar Schritte vorwärts, halten plötzlich an und strecken den ganzen Körper und ein Bein in die Luft — und gehen gleich wieder zurück. Wir lernen uns auf einen Teil des Körpers zu konzentrieren, wir lernen wie wichtig es ist, richtig zu atmen, wir werden körperbewusst. Unser Tanz ist schon ziemlich jazzig geworden, und langsam fangen wir an zu improvisieren — ohne Musik, aber oft mit selbstgemachten spontanen Geräuschen. In der Stille lernen wir auch einander zu spüren — ein phantastisches Erlebnis. Entspannt und in lockerer Stimmung gehen wir darauf in die nächste Wirtschaft.

ZUERICH

DAS FRAUENPODIUM

(vh) Das "FRAUENPODIUM" zu den Zürcher Wahlen, das die OFRA am 15. Februar veranstaltet hat, gab den Kandidatinnen bürgerlicher und linker Parteien Gelegenheit, Frauenprobleme und Lösungsvorschläge aus ihrer Sicht aufzuzeigen. Anfänglich schien es fast, als sollte das Treffen zu einer Verschwestenung über alle Parteiengrenzen hinwegführen: alle waren für gleiche Rechte, gleiche Ausbildung, Chancengleichheit, gleichen Lohn. Zum letzten Punkt trat die Vertreterin des Freisinns geradezu als Anklägerin hervor. Sie zitierte aus dem städtischen Spitalreglement, dass von 16 Lohnklassen die vier untersten den Küchenmädchen vorbehalten sind, ab Klasse 5 tauchen die Küchenburschen auf und erst ab Stufe 8 treten dann die Männer massiver in Erscheinung, während die Frauen von der 12. Klasse an verschwinden. — Die unterschiedlichen Grundauffassungen von der Emanzipation der Frau kamen zum Vorschein, als es um Verbesserungsvorschläge ging. Zum Problem der ledigen und berufstätigen Mütter forderte die Linke öffentliche Kindertagesstätten, die Bürgerlichen meinten, man müsse irgendwie Möglichkeiten finden, "die Kinder zuhause versorgen zu können", und es war klar, dass sie das Problem unter "soziale Notfälle" einstufen und nicht als Erscheinung der sich emanzipierenden Frau, mit einem Beruf, den sie nicht einfach für ein paar Jahre an den Nagel hängen kann. Auch in der Frage, ob die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung in den Quartieren gewährleistet sei, gingen die Meinungen auseinander. Die Landesring-Frauenärztin meinte, es hänge mit dem Mangel an Ärzten zusammen (während in Zürich der Numerus Clausus fürs Medizinstudium diskutiert wird!), die EVP-Spitalberaterin sieht die Lösung in einer Koordination bereits bestehender privater und kirchlicher Sozialdienste, während die POCH-Vertreterin Quartierpolikliniken als unabdingbare Voraussetzung für eine zeitgemässe, umfassende Lösung darstellt und auf die Initiativen ihrer Partei verweist. Gegen Ende kam immer

klarer heraus, dass das Frausein allein nicht ausreicht, um sich politisch zu verständigen, solange die sozialen Ungleichheiten noch immer viel schwerwiegendere Benachteiligungen erzeugen, und solange die Chancen für die Angehörigen verschiedener Klassen noch viel ungleicher sind als für Mann und Frau der gleichen sozialen Schicht.

MEHR FRAUEN INS PARLAMENT

Das krasse Missverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Vertretern im Zürcher Gemeindeparlament (144 : 11) hat bewirkt, dass die Frauen aller politischen Schattierungen einmütig das Bedürfnis haben, diesen Zustand zu ändern. In der letzten Phase des Wahlkampfes ist daher fast so etwas wie eine massive Frauenbewegung entstanden, und das will etwas heissen in dieser Hochburg des geldscheffenden Unternehmertums. Neben der zentralen Veranstaltung der OFRA, an der acht Parteienvertreterinnen teilnahmen, organisiert die Zürcher Frauenzentrale zusammen mit den ihr angeschlossenen politischen Frauengruppen in allen Stadtkreisen einen sogenannten "Wähler-Kafi" (Wählerinnen müsste es eigentlich heissen), um das weibliche Wählerpotential vermehrt zu motivieren, an die Urnen zu gehen. An einer Pressekonferenz wiesen sie darauf hin, dass 1974 nur 3,2% der kandidierenden Frauen, aber 16,3% der männlichen Kandidaten gewählt worden seien. Die OFRA gab einen "kleinen Leitfaden für Wählerinnen" heraus, wo unter anderem auch erklärt wird, wie man panaschieren und damit Frauen bevorzugen kann. Von den Parteien sind es eindeutig die Linken, die den Frauen auf ihren Listen sowohl zahlenmässig wie auch nach Platzierung vermehrte Chancen einräumen. Die POCH hat den Frauenanteil nahezu auf 50% gebracht, was die Zürcher Presse, inzwischen ebenfalls sensibilisiert, lobend vermerkte.



DAS VERHÄLTNISS MANN:FRAU IM ZÜRCHER GEMEINDERAT IST HEUTE 114:11! MEHR FRAUEN IN DIE BEHÖRDEN!

SCHAFFHAUSEN

REGIERUNG WILL ALIMENTENBEVORSCHUSSUNG VERHINDERN !

Der Schaffhauser Grosse Rat stritt kürzlich über 2 Stunden um ein für die Frauen wichtiges Anliegen.

(SG) Zum neuen Kindsrecht, das auf 1. Januar '78 in Kraft tritt, und einige Verbesserungen bringt, schlug die Regierung verschiedene Anpassungen kantonaler Gesetze vor. Die Vorlage kam den Parlamentsmitgliedern schon vor Weihnachten ins Haus geflattert und löste, zumindest bei den Kantonsrätinnen, helle Empörung aus. Da stand schwarz auf weiss, dass es der Regierungsrat nicht angebracht finde, im Zusammenhang mit dem neuen Kindsrecht die Alimentenbevorschussung einzurichten. Zur

Begründung erfand er eine Reihe gedrehter Ausreden. Bevor eine Bevorschussung der Alimente in Frage komme, müsste eine "langfristige Prüfung aller Auswirkungen auf Staat und Gemeinden" erfolgen.

Diese "langfristige Prüfung" ist hinlänglich bekannt. Sie dient als Vorwand, um fortschrittliche Forderungen bis zum St-Nimmerleins-Tag zu schubladisieren.

Worauf es hier aber ankommt, das sind die Erfahrungen all jener Frauen, die monate- und jahrelang auf die Unterhaltszahlungen warten. Die Auswirkungen, die der Kampf um jeden Rappen auf die betroffenen Frauen hat, bedürfen keiner "langfristigen Prüfung", sie sind offensichtlich.

So kann es denn als Erfolg für die Frauen gewertet werden, dass es POCH und SP schliesslich gelang, die Vorlage mit der Verpflichtung zurückzuweisen, die vorberatende Kommission habe eine Formulierung auszuarbeiten, die die Gemeinden zur Bevorschussung von Alimenten verpflichte.

Die Delegiertenversammlung der OFRA tagte

(KB) Am 18. Februar trafen sich die Delegierten aller Sektionen, um die wichtigsten aktuellen Aufgaben zu diskutieren.

MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG

Die Delegierten nahmen einen Bericht über den Stand der Verhandlungen aller Organisationen, die an der Lancierung der Initiative interessiert sind, entgegen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, dass die Textbereinigung so schnell wie möglich vorangetrieben werden soll, damit mit der Unterschriftensammlung bald begonnen werden kann. Die Abstimmung Ende Mai über das neue Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch wäre ein guter Termin für den Startschuss. An der Frage, ob die Initiative einen bezahlten oder unbezahlten Elternurlaub fordern soll, dürfen die Verhandlungen nicht scheitern. Eine offene Formulierung bietet eine gute Lösung. Die Delegierten begrüßten die Unterstützung der Mutterschutzforderung durch parlamentarische Vorstösse. Wenn wir eine wirklich umfassende und von der ganzen Bevölkerung getragene Mutterschaftsversicherung haben wollen, ist die Volksinitiative ein notwendiges Instrument. Auf dieses werden wir nicht verzichten können, auch wenn es in der neuen Situation (Erhöhung der Unterschriftenzahl, Verkürzung der Sammelzeit) gewiss viel Mut braucht, eine Initiative zu starten. Die OFRA hofft, dass möglichst viele Frauenverbände, Parteien und Gewerkschaften diesen Mut aufbringen.

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Eine lebhaft und sachliche Diskussion führten die Delegierten um die Einschätzung des Gesetzes über die Soziale Indikation. Einleuchtende Gründe sprechen für ein Nein zu diesem Gesetz, einleuchtende Gründe aber auch für ein Ja. Die nächste Delegiertenversammlung (12. März) wird nach einer eingehenden Diskussion in allen Sektionen die Parole für die Abstimmung beschliessen. Da weder das bestehende Gesetz noch der neue Vorschlag eine für die Frauen annehmbare Lösung bringt, wird die OFRA alles daran setzen, um die Fristenlösungsbefürworter zu einer Diskussion über die Möglichkeiten des weiteren Vorgehens zu vereinigen. Der Kampf um die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs geht weiter!